

pell an die südafrikanische Regierung, die Hinrichtungen nicht zu vollstrecken, erneuerte die Inhalte der Resolution 610(1988). Ähnlich wie diese wurde auch die neuerliche Erklärung von Südafrika brüsk zurückgewiesen: In einer Stellungnahme am 17. Juni 1988 (S/19944) bezeichnete Südafrikas Botschafter Manley — der wenig später von seiner Regierung wegen Nachlässigkeiten bei der Amtsausübung abgelöst wurde — die Verabschiedung der Resolution als ein weiteres Kapitel der Treibjagd, die diese Organisation inzwischen in vertrauter Weise gegen Südafrika führe. Wie er bereits am 16. März mit Dokument S/19632 erklärt habe, stelle dies eine dreiste Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes dar.

Vermutlich gelten in südafrikanischer Regierungssicht auch die zahlreichen Veranstaltungen in aller Welt aus Anlaß des 70. Geburtstags von Nelson Mandela am 18. Juli 1988 als eine solche Einmischung. In Südafrika selbst jedenfalls wurde jede Form der öffentlichen Äußerung zu diesem symbolischen Anlaß strikt unterbunden beziehungsweise zu verhindern versucht. Dies vermochte nichts daran zu ändern, daß die Weltöffentlichkeit gemeinsam mit der Bevölkerungsmehrheit in Südafrika dieses Datum zum Mandela-Tag machte und mit dem inhaftierten Führer des ANC zugleich auch den ungebrochenen Freiheitswillen der Mehrheit Südafrikas feierte. Den Glückwünschen zum 70. Geburtstag Mandelas schloß sich auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen an. *Henning Melber* □

Abrüstung: Sondertagung der Generalversammlung ohne Schlußdokument — Verbesserte Beziehungen der Supermächte noch ohne Entsprechung auf der multilateralen Ebene — Relativ entspannte Atmosphäre (29)

Ständiges UN-Thema

Die 15. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen war die dritte Sondertagung zum Dauerthema Abrüstung. Nachdem 1978 die erste Abrüstungs Sondertagung ein Schlußdokument, mitunter als ›Abrüstungsbibel‹ bezeichnet, verabschieden konnte (Text: VN 5/1978 S.171ff.), endete die zweite Veranstaltung dieser Art 1982 mit einem Fehlschlag (Bericht: VN 5/1982 S.171f.). Die von der Entspannung geprägte Atmosphäre der ersten Sondertagung war einem von Konflikten und Mißtrauen charakterisierten Klima gewichen. Immerhin blieb das Schlußdokument von 1978 Richtschnur.

Mit Blick auf die eben erst erreichten bilateralen Erfolge der Supermächte, denen mit dem Vertrag über die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen (INF) der historische Durchbruch zu einer echten Abrüstungsvereinbarung im nuklearen Bereich gelungen war, begann die Konferenz in New York am 31. Mai 1988 in fast euphorischer Stimmung; zu Unrecht, wie sich am 26. Juni um 7.25 Uhr zeigte, als die Konferenz nach einer letzten, fast verzweifelten Nachtsitzung mit angehaltenen Uhren ohne substantielles Ergebnis geschlossen wurde.

Zur Vorbereitung der bereits 1983 beschlossenen Sondertagung war ein besonderer Ausschuß eingesetzt worden, der einen Vor-

schlag für die Tagesordnung und Anregungen für den Ablauf unterbreitete. Dementsprechend lief im Plenum unter dem Vorsitz des Präsidenten der Generalversammlung, Peter Florin (DDR), die Generaldebatte ab; in ihr sprachen 135 Redner, davon 23 Staats- oder Regierungschefs und 55 Außenminister.

In seiner Eröffnungsansprache stellte Präsident Florin sogleich den bemerkenswerten Erfolg des INF-Vertrages und die weitreichende Einmütigkeit heraus, die sich zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten auf dem Moskauer Gipfel gezeigt habe. Er erwähnte darüber hinaus die Einrichtung einer neuen atomwaffenfreien Zone im Südpazifik und die weitere Konsolidierung der schon bestehenden lateinamerikanischen Zone sowie die im Rahmen der KSZE erreichten Fortschritte bei den Vertrauensbildenden Maßnahmen. Für die Zukunft seien der angestrebte Vertrag über die Halbierung der amerikanischen und sowjetischen strategischen Kernwaffenarsenale und ein umfassendes Teststopp-Abkommen von unmittelbarer Bedeutung. Die *Conditio sine qua non* für Sicherheit und Abrüstung sei aber die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum. Florin nannte schließlich noch die chemischen und konventionellen Waffen als zwei zur Abrüstung anstehende Sektoren. Außerdem müsse verstärkt über den Abbau militärischer Basen auf fremdem Boden nachgedacht werden.

Aufschlußreiche Generaldebatte

In der umfangreichen Generaldebatte wurden praktisch alle die internationale Abrüstungsdiskussion beherrschenden Themen angesprochen. Der Vorsitzende der Bewegung der Blockfreien, Simbawes Präsident Robert Mugabe, stellte die nukleare Abrüstung in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er kritisierte die mangelhafte Effektivität der Genfer Abrüstungskonferenz, deren Ursache in der Arbeitsmethode liege (er meinte offenbar das dort praktizierte Konsensverfahren). Mugabe sprach sich für ein Einfrieren der nuklearen Arsenale und den darauf folgenden ausgewogenen Abbau derselben, die Erweiterung bestehender und die Proklamation neuer atomwaffenfreier Zonen aus. Vor allem die Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone müsse nun in Angriff genommen werden, da der Afghanistankonflikt gelöst sei, der einigen Staaten als Entschuldigung für ihren Mangel an Kooperationsbereitschaft gedient habe. Es sei ein schwerer Rückschlag, daß Afrika nicht mehr als kernwaffenfrei angesehen werden könne, seit das rassistische Apartheidregime in Pretoria über die Bombe verfüge. Westliche Staaten seien hierfür verantwortlich, weil sie Südafrika kerntechnische Fähigkeiten vermittelt hätten. Hunger und Unterernährung hätten 1987 »jeden zweiten Tag ein Hiroshima« zur Folge gehabt. Deshalb verlangte er die Umsetzung des Schlußdokuments der Internationalen Konferenz über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung.

Schwedens Ministerpräsident Ingvar Carlsson erinnerte an die Sechs-Nationen-Initiative (Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Schweden, Tansania), die jüngst gefor-

dert habe, alle taktischen Atomwaffen sofort und die strategischen Waffen zur Hälfte abzubauen. Darüber hinaus sei die Verantwortung aller Staaten für die Achtung des Rechts in den internationalen Beziehungen unterstrichen worden.

Während der chinesische Außenminister den Supermächten die Hauptverantwortung im Abrüstungsprozeß zuschob, erinnerte sein französischer Kollege daran, daß die gesamte internationale Gemeinschaft in die Verhandlungen einzubeziehen sei. Man dürfe sich nicht zum Objekt der Verhandlungen der Großen machen. DDR-Außenminister Oskar Fischer sprach vornehmlich zum nuklearen Abrüstungsprozeß; um zügige Verwirklichung des INF-Vertrages sei man bemüht. Schon vor dem Inkrafttreten der Abrüstungsvereinbarung seien vom DDR-Territorium »jene Raketen abgezogen« worden, die dort »als Antwort auf das Auftauchen der Pershing II und Cruise Missiles in westeuropäischen Staaten« stationiert worden seien.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sprach zunächst namens der Staaten der Europäischen Gemeinschaft (Text der Rede: VN 4/1988 S.118ff.). Er würdigte den INF-Vertrag, konzentrierte sich aber mehr auf die chemische und die konventionelle Abrüstung sowie Vertrauensbildende Maßnahmen. Auf den beiden letztgenannten Feldern gebe es zu Hoffnungen berechtigende Initiativen. Für die Bundesrepublik Deutschland sagte Genscher, daß Friedenssicherung, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Lösung der globalen sozialen und wirtschaftlichen Probleme »zum kategorischen Imperativ... politischen Handelns« werden müßten. Er betonte die besondere Verantwortung der Deutschen für den Frieden und trat für die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen im Abrüstungsprozeß ein. Insbesondere solle ein weltweites Waffenexport- und -importregister erstellt werden.

Argentinien und Brasilien, so führte dessen Präsident José Sarney aus, hätten durch ein Abkommen zur nuklearen Zusammenarbeit allen Spekulationen um ein mögliches Kräftemessen der beiden südamerikanischen Staaten ein Ende gemacht. Die beiden Länder hätten ihre historischen Streitigkeiten bereinigt und eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen. Abrüstung müsse bei den Staaten und in den Regionen beginnen, wo sich die größten militärischen Mächte konzentriert hätten.

Demgegenüber wies der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe auf den Umstand hin, daß es in dem Gebiet der beiden großen Paktsysteme seit dem Zweiten Weltkrieg praktisch keine Opfer militärischer Aktionen mehr gegeben habe, viele hingegen in der Dritten Welt. Auch dort tue Abrüstung also not. Allerdings müsse dieses Geschäft realistisch betrieben werden. Die atomwaffenfreie Welt im Jahre 2000 sei eine Utopie, die 50-Prozent-Reduzierung der strategischen Kernwaffen der Supermächte hingegen ein schwieriges, aber realistisches Ziel. Die Sowjetunion müsse sich die Frage gefallen lassen, warum sie immer noch alle sechs Wochen ein neues atomar bewaffnetes U-Boot in Dienst stelle. Sie müsse ›Glasnost‹ auf den militärischen Sektor erstrecken und erklären,

warum sie so viel mehr offensives Potential in Europa unterhalte als zur Verteidigung erforderlich sei.

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse nannte als die nächsten Ziele auf dem Abrüstungskalender der Supermächte die Verringerung der strategischen Kernwaffen um die Hälfte und die Ächtung chemischer Waffen. Die Idee des sozialistischen Rechtsstaats, den die Sowjetunion für ihre innere Ordnung anstrebe, sei untrennbar mit der Achtung des Rechts in den internationalen Beziehungen verbunden. Auf der Basis dieses neuen politischen Denkens sollten Ziele wie die Beseitigung aller Kernwaffen bis zum Jahr 2000, ein umfassendes Sicherheitssystem und das »gemeinsame europäische und globale Haus« angestrebt werden. Die konventionelle Abrüstung in Europa soll nach Schewardnadses Vorstellungen in drei Schritten vor sich gehen: Zuerst seien existierende Ungleichgewichte zu beseitigen, dann solle eine Reduzierung um je etwa 500 000 Mann erfolgen, worauf weitere Schritte festzulegen seien. Die Truppen auf beiden Seiten sollten rein defensiv strukturiert sein.

Ohne auf Indiens eigene Nuklearambitionen einzugehen, schlug Premierminister Rajiv Gandhi nach einem engagierten Eintreten gegen die Abschreckungsdoktrin und Versuche einer technischen Verbesserung von Kernwaffen sowie der Verteidigungsbemühungen dagegen (SDI) vor, im Zuge der Neuverhandlungen des Nichtverbreitungsvertrages (dieser läuft 1995 aus) die dort enthaltenen Absichtserklärungen der Kernwaffenstaaten in verbindliche Abrüstungsverpflichtungen umzuwandeln. Als Termin für die so zu erreichende Beseitigung aller Kernwaffen nannte Gandhi das Jahr 2010.

US-Außenminister George Shultz bezeichnete die Nichtverbreitung von Waffentechnologien als das zentrale Problem des Abrüstungssektors. Das gelte für A-, B- und C-Waffen sowie für die Raketentechnik. Es wäre tragisch, wenn in dem Moment, da die UdSSR und die USA ihre Mittelstreckenwaffen verschrotten, andere Länder die nukleare Schwelle überschritten. Während die Reduzierung der Arsenale der Supermächte deren bilaterale Angelegenheit sei, habe der multilaterale Verhandlungsprozeß wichtige Funktionen bei den chemischen Waffen und der Nicht-Weiterverbreitung. Konkrete Fortschritte erwartet Shultz beim Atomwaffenteststopp, der Verringerung der strategischen Arsenale und bei Vertrauensbildenden Maßnahmen.

Wie gering die Bereitschaft zur Konzentration auf das Konferenzthema teilweise war, zeigte sich, wenn Vertreter von Staaten sprachen, die in regionale Konflikte verwickelt sind. Mehr oder weniger heftige Angriffe auf den jeweiligen Gegner, die nur notdürftig in Äußerungen zum Abrüstungsproblem eingebettet waren, gab es im Zusammenhang mit dem Golfkrieg sowie den Konflikten um Zypern, Kamputschea, den Nahen Osten, Mittelamerika und Afghanistan. Der paraguayische Präsident Alfredo Stroessner beschränkte sich gar darauf, sein Land als Hort politischer Stabilität, der Freiheit, der Menschenrechte und der Ordnung zu präsentieren.

Umstrittenes ›Stück Papier‹

Die Sachthemen der Tagesordnung, die weitgehend konturlos formuliert waren, wurden in einem für alle Teilnehmer offenen Gremium verhandelt; dieser Plenarausschuß setzte seinerseits drei Arbeitsgruppen ein. Deren Mandat war so allgemein gehalten, daß Schwerpunktbildungen von vorneherein praktisch unmöglich waren. Die erste Gruppe befaßte sich mit der Umsetzung der Ergebnisse der bisherigen Abrüstungs-sonder-tagungen der Generalversammlung, die zweite behandelte (unter Vorsitz des Bonner Diplomaten Paul-Joachim von Stülpnagel) abrüstungsrelevante Entwicklungen unter Berücksichtigung der Grundsätze und Prioritäten des Schlußdokuments der 10. Sondergeneralversammlung von 1978 und der Beziehung zwischen Abrüstung und Entwicklung, während sich die dritte Gruppe der Rolle der Vereinten Nationen im Abrüstungsprozeß sowie bei der Mobilisierung der öffentlichen Meinung annahm.

Neben Vorschlägen und Stellungnahmen der Mitgliedstaaten lagen den Arbeitsgruppen Berichte verschiedener UN-Gremien (Abrüstungskonferenz, Abrüstungskommission, Ad-hoc-Ausschüsse für den Indischen Ozean und für die Weltabrüstungskonferenz) und Stellungnahmen nichtstaatlicher Organisationen vor. Die Sowjetunion rühmte ihr neues ›Glasnost‹ in Rüstungssachen und schlug vor, alle Truppen und Basen auf fremdem Territorium bis zum Jahre 2000 abzuziehen. Gemeinsam mit Bulgarien und der DDR präsentierte sie einen Plan für Maßnahmen zur maritimen Abrüstung. Die DDR machte sich für einen atomwaffenfreien Korridor durch Mitteleuropa stark, und die Bundesrepublik Deutschland unterbreitete für die zwölf EG-Staaten ein blasses Papier zur Rolle der Vereinten Nationen im Abrüstungsprozeß (A/S-15/43).

In der Anhörung von über 100 nichtstaatlichen Organisationen sowie Friedensforschungs-Instituten bestätigte sich alle Welt, welch wichtiges Ziel die Abrüstung ist. Keine politische und weltanschauliche Richtung blieb sprachlos, kein Aspekt der Abrüstungsdiskussion unbeleuchtet. Daß dies neue Erkenntnisse ans Tageslicht gefördert hätte, kann allerdings kaum behauptet werden. Aus der Bundesrepublik Deutschland war einzig die grünnahe Stiftung ›Gesellschaft für politische Ökologie‹ gekommen, die die Einrichtung eines weltweiten computergestützten Informationsnetzwerks für nichtstaatliche Friedensgruppen forderte. Unmittelbar nach ihr — und wie sie als eine der 20 geladenen Institute der Friedens- und Abrüstungsforschung — kam die der Regierung Reagan in besonderem Maße verbundene ›Heritage Foundation‹ zu Wort, die der Generalversammlung die Ausrufung der neunziger Jahre zur ›Dekade der Abrüstung der blockfreien Staaten‹ empfahl.

Gegen Ende der Beratungen der Arbeitsgruppen stellte sich heraus, daß ein Konsens über ein Schlußdokument nur schwer erreichbar sein würde. Als problematisch erwiesene sich die Bereiche der See- und der Weltraumrüstung, der Komplex Abrüstung und Entwicklung sowie die Frage der kernwaffenfreien Zonen und der Friedenszonen

mit ihrer Stützpunktproblematik; Anstoß an vorgesehenen Hinweisen auf das nukleare Potential Südafrikas und Israels nahmen die USA. Zwar kam gegen Ende des letzten offiziellen Konferenztags noch einmal die Hoffnung auf, man könne sich auf ein etwa 13seitiges Papier verständigen; diese realisierte sich dann aber doch nicht, offenbar weil die USA zu Zugeständnissen in Sachen kernwaffenfreie Zonen und Friedenszonen nicht bereit waren und andere auf der Aufnahme des Punktes in das Schlußdokument bestanden. Das Scheitern der von allen Seiten mit großem Ernst geführten Verhandlungen kommentierte US-Botschafter Vernon Walters vor Journalisten zuspitzend dahin, die Vereinigten Staaten besäßen »Bestandteile der nationalen Politik, die wir nicht um eines Stückes Papier willen preisgeben können«.

Horst Risse □

Wirtschaft und Entwicklung

IMF und Weltbank: Jahrestagung in Berlin (West) — Streiflichter aus Berlin (Ost) — Breite öffentliche Diskussion — Schuldenkrise der Dritten Welt im Blickpunkt — Einige neue Aspekte, aber keine größeren Entscheidungen (30)

(Vgl. auch VN 4/1988 S.105-118.)

Kongreß mit Beiprogramm

Das größte und bedeutendste Konferenzereignis auf deutschem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg — so wurde die 43. Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank vom 27. bis 29. September 1988 in Berlin nicht nur von Bundeskanzler Helmut Kohl apostrophiert. Unabhängig vom Konferenzergebnis war von vorneherein klar, daß die Konferenz einige Spesen abwerfen würde. Denn wenn sich die Spitzen der Finanzwelt treffen, muß es auch standesgemäß zugehen: An einem Abend kreuzten in Berlin 22 zu lukullischen Weihenstätten drapierte Schiffe auf dem ›Wannsee in Flammen«, an anderen Abenden traf man sich zu besonderem Kunstgenuß: so gab es eine Vorstellung des Stuttgarter Balletts (Einladender: Deutsche Bank), wie zum Schahbesuch 1967 eine Aufführung von Mozarts Zauberflöte (Bundesregierung) und ein Karajan-Konzert (Dresdner Bank zusammen mit der Bundesregierung). Über 300 gesellschaftliche Ereignisse dieser Art wurden während der Konferenzwoche gezählt.

Für Berlin (West) war die Tagung auch ein diplomatischer Erfolg. Immer noch gilt die Festlegung, daß die Vereinten Nationen keine offiziellen Konferenzen in Berlin abhalten — wegen der unterschiedlichen Auslegungen der Berlin-Verträge und wegen des Status von Berlin. Weltbank und IMF sind zwar keine unmittelbaren Bestandteile der Vereinten Nationen, wie das UN-Sekretariat anderslautende Behauptungen des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen korrigieren mußte, doch gehören die beiden Weltfinanzinstitutionen als UN-Sonderorganisationen zur UN-Großfamilie. Berlin (Ost) eröffnete denn auch kein Propaganda-Sperrfeuer gegen die Veranstaltung wie zu früheren vergleichbaren Anlässen. Im Gegenteil, auch die Ostberliner Nobelhotels profitierten von der